

Andreas Moring

# Libérale Europapolitik 1949 – 1989

Die Europapolitik der FDP zwischen  
1949 und 1989

Mit einem Vorwort  
von Hans-Dietrich Genscher



PETER LANG  
EDITION

# **Parteiprogramm, Realität und Parteiinteresse**

## **Einführung von Helmut Stubbe da Luz**

Das Vorwort von Herausgeberseite dient dem Zweck, die hier veröffentlichte Arbeit in den Zusammenhang der Reihe DemOkrit zu stellen, die von einem inhaltlichen Motto bestimmt ist, von einer Tendenz - von dem Standpunkt nämlich, dass jede wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Parteienthema kritisches Potential aufweist, weil die Realität der regelmäßig menschlich-allzumenschlich ablaufenden politischen Praxis anders aussieht als das Bild, das die Akteure davon gemeinhin entwerfen und verbreiten. Das haben Parteien mit anderen Kollektivakteuren gemein, die ebenfalls „etwas zu verkaufen“ haben und deshalb für sich und ihre Produkte Reklame machen – Wirtschaftsunternehmen vor allem und Interessenverbände. Daran können und sollen sie nicht gehindert, aber es muss ihnen allen ein Art von Verbraucherschutz entgegengesetzt werden. Wählerinnen und Wähler können als Politikverbraucher verstanden werden; sie tauschen ihre Stimmzettel gegen politische Akte, von denen ihnen zuvor – durch die Verbreitung von Programmen – ein Bild gemacht worden ist, ein Angebot. Die Machtadressaten, die nicht zur Wahl gehen, haben gleichfalls ein legitimes Interesse daran, zu wissen, was Parteien (ebenso wie Unternehmen und Verbände etc.) tun und treiben: Sie sind zu erheblichen Anteilen potentielle Wähler, gesetzestreue Staatsbürger oder zumindest Gesellschaftsmitglieder und zuverlässige Steuerzahler. Parteienforschung ist die Grundlage jeglicher politischen Bildung – nicht nur, aber vor allem im Parteienstaatswesen.

Im Reihentitel „Parteienkritik und Parteienhistorie“ ist „Parteienkritik“ der weitergehende, umfassendere Begriff: Er bezieht sich auf die explizite und implizite Kritik, die sich aus sozialwissenschaftlichen Untersuchungen ergibt, ferner auf wissenschaftlich fundierte politische Stellungnahmen, sodann auf historische Darstellungen – sowohl der Parteien selbst als auch der Kritik an ihnen; diese Kritik muss in ihrer Eigenschaft als Erkenntnisgegenstand nicht konstruktiv sein. Es gibt zweifellos eine Parteienkritik, die antidemokratisch, antipluralistisch motiviert ist; sie wird in dieser Reihe erforscht, aber nicht praktiziert, möglicherweise zitiert, dann aber kommentiert.

Machtinhaber (Personen wie Gruppierungen) bedürfen ständiger Kritik – aus Sicht der Machtadressaten, aber auch in ihrem ganz und gar eigenen Interesse. Immer erneut müssen sie sich legitimieren, sich wandelnden Anforderungen anpassen, höher gesteckten Erwartungen entsprechen. Die Kritik ist nicht notwendig existentieller Art, gipfelt nicht „automatisch“ in der Forderung nach „Ab-schaffung“ irgendwelcher Personen, Gruppierungen, Institutionen. Darauf mag die Kritik an Diktatoren, Tyrannen, Warlords, hinauslaufen, an manchen Ge-

heimdiensten, Gefängnissen, Militäreinheiten. Im Falle von politischen Parteien, die unter dem Schutz der Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit stehen oder gar von eigens auf sie zugeschnittenen Verfassungsnormen, richtet sich eine prinzipiell-existentielle Kritik nur gegen eine eventuelle Existenzweise als Einheits- und Staatsparteien ohne Konkurrenz, ohne pluralistisches Umfeld, als „stalinistische“ Parteien, die intern nach dem Führerprinzip funktionieren. Eine vielfältige Detailkritik müssen sich dagegen sämtliche Parteien gefallen lassen, und sie haben bislang auch nicht unter solcher Kritik gelitten, langfristig von ihr profitiert, im Interesse der Machtheadressaten.

In Band 2 und 3 dieser Reihe ist das Vorwort mit parteikritischen Zitaten aus Texten der einschlägigen deutschsprachigen Tradition begonnen worden. Diese Übung wird hier fortgesetzt; ein Zitat wird hier sogar zum zweiten Mal verwandt. Vor allem aber folgen ein paar Sätze aus Andreas Morings Schlussbetrachtung, die seine Studie über die Europapolitik der FDP abschließt.

In jedem Band stehen – ausdrücklich oder „zwischen den Zeilen“ – ein parteienkritischer Aspekt im Mittelpunkt (oder mehrere davon), wird angewandt oder anhand eines Beispielsfalls entwickelt, variiert, nach Möglichkeit differenziert, verfeinert.

In Band 1 der Reihe (Andreas Gönitzke) war der zentrale parteienkritische Topos der notorische Mangel an innerparteilicher Demokratie: Die Parteien nehmen an Wahlen teil, die Minderheitspartei(en) gehen in die Opposition, alle streiten miteinander in einem pluralistischen System, das nicht zuletzt durch gelegentliche Plebiszite aufgelockert wird: Müssten nicht innerhalb der Parteien ähnliche Strukturen verlangt werden? Oder wären „Innerparteiliche Opposition“ „Parteien in der Partei“ kein Gewinn an Demokratie, gar eine dem System abträgliche Verdoppelung?

In Band 2 der Reihe (Lutz Nickel) ging es um das unvermeidliche, stets aber – im Sinne des Demokratie-Ideals – problematische Führertum in den Parteien, in Band 3 (Christof Brauers) um Parteiprogramme als Instrument der Partei(en)politik, also um prinzipiell denselben Aspekt wie jetzt hier bei Andreas Moring (bei signifikant unterschiedlicher Problemlage) Der Umstand, dass mit Andreas Morings Studie zum dritten Mal die FDP zum Erkenntnisgegenstand gemacht worden ist, hat sich zufällig ergeben.

In Morings Untersuchung geht es um das Verhältnis zwischen (erstens) einem bestimmten Programmthema (der Europapolitik), (zweitens) dem Stück Realität, auf dessen Veränderung (oder Bewahrung) die programmatischen Forderungen gerichtet sind, drittens um das Interesse, das innerhalb der Partei an diesem Thema einerseits, an dem korrespondierenden Stück Realität andererseits entwickelt wird. In diesem Dreiecksverhältnis (als solches noch relativ simpel dargestellt) läuft das Verhalten einer Partei nur in den Augen des sprichwörtlichen „kleinen Moritz“ nach dem Schema ab, dass die Partei an einem Stück Realität ein Defizit erblickt und darauf mit einem entsprechenden programmatischen

Appell reagiert und um dessen Verwirklichung um Wählerstimmen wirbt. „Klassische“ Parteientheoretiker wie Julius Jolly, Hermann Rehm und Walter Sulzbach haben auf die Spannungen verwiesen, die zwischen einem Parteiprogramm, der Parteienfunktion und dem Parteiinteresse aufzutreten pflegen.

Julius Jolly (1880):

Parteiprogramm und Parteienfunktion

Nicht das s.g. Programm der einzelnen Parteien steht dabei in Frage, welches über ihre Ziele, nicht über ihre innere Natur entscheidet; es handelt sich vielmehr darum, aus ihrer Grundlage, aus dem Prinzip, aus welchem sie entsprungen sind und das sie zusammenhält, aus ihrer historischen Entwicklung, zu erkennen, welche Funktionen in unserm Staatsleben sie zu erfüllen geeignet sind. Darüber muß man im Klaren sein, wenn man nicht fortwährend Gefahr laufen will, bald zu viel, bald zu wenig, bald Verkehrtes zu fordern oder zu erwarten, und die Ursachen des Erfolgs oder des Misserfolgs an unrichtiger Stelle zu suchen.

(Der Reichstag und die Partheien. Berlin 1880)

Hermann Rehm (1912):

Parteiprogramm und Parteiinteresse

Die Prinzipien erscheinen in den Programmen als etwas durchaus Selbständiges, von Interessen durchaus Losgelöstes, ohne es in Wahrheit zu sein. Sonst müßte es seltener vorkommen, daß Parteiprinzipien um des Parteiinteresses willen verletzt werden.

Parteiprogramme, hat [Arthur] Graf von Posadowsky-Wehner [bei keiner Fraktion, später Deutsch-Nationale Volkspartei] am 28. Nov. 1911 in seiner Reichstags-Kandidatenrede gesagt, sind die Fahnen, die man zuerst ehrt und verteidigt; wird der Kampf aber gefährlich, so schickt man sie zeitweilig in den Hintergrund. Reell betrachtet sind die gemeinsamen Anschauungen, Theorien, Prinzipien eben doch in der Hauptsache bloß Ausdruck gemeinsamer Interessen.

(Deutschlands politische Parteien. Ein Grundriß der Parteienlehre und der Wahlsysteme. Jena 1912.)

Walter Sulzbach (1921):

Parteiprogramm und Parteimotive

Wir alle tendieren, ohne uns dessen bewußt zu sein, zu dem Glauben, daß es mit dem Wahrheits- und dem Sittlichkeitsgehalt einer Sache, für die Menschen sich aufopfern, besser bestellt sein müsse als mit dem Wert eines Programms, dessen Anhänger sich von seiner Durchführung persönlichen Vorteil versprechen. In Wirklichkeit freilich haben die Motive, aus denen heraus eine Forderung erhoben wird, und der Wert der Forderung als solcher nicht das geringste miteinander zu tun. Eine gute Sache bleibt gut, ganz gleich, ob edle oder unedle Motive

zu ihrer Verwirklichung drängen, und ein törichter Vorschlag bleibt auch dann töricht, wenn der reinste Idealismus hinter ihm steht.  
(Die Grundlagen der politischen Parteibildung. Tübingen 1921)

\*

Andreas Moring (2014):

(1.) „Theoretische Konsequenz, politischer Mut“

Die Forderung nach einer politischen Union blieb bis 1989 erhalten, erhielt aber nicht wieder die theoretische Form von „Vereinigten Staaten von Europa“. Hier trat ein Mangel an theoretischer Konsequenz zutage, möglicherweise auch ein Mangel an politischem Mut.

(2.) „Nur sehr wenige Wähler und Anhänger in diesem [...] Sektor“

In der realen Politik wurde besonders mit der Vereinbarung der GAP (Gemeinsamen Agrarpolitik) sogar das Gegenteil von dem vereinbart, was die FDP forderte. Die Freien Demokraten konnten sich nicht gegen die Interessen ihres Koalitionspartners, in diesem Falle besonders der Union, durchsetzen und ebenso wenig gegen die Interessen der Regierungen Frankreichs, die auf einen Schutz der heimischen Landwirtschaft besonderen Wert legten. Mit der steten Forderung nach Umsetzung marktwirtschaftlicher Reformen taten die Freien Demokraten in ihrer Programmatik zum Agrarsektor also in erster Linie der Vollständigkeit genüge, indem sie diesem Sektor prinzipiell keine Sonderrolle zuwiesen und stellten zudem noch ein Abgrenzungsmerkmal gegenüber den Unionsparteien heraus. Ein weiterer Grund für die eher nachrangige Bewertung und Behandlung der Agrarpolitik bei der FDP liegt auch darin begründet, dass die Partei nur sehr wenige Wähler und Anhänger in diesem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sektor hatte.

(3.) „Spürbarer Enthusiasmus“

Im hier zum Zweck der Rekonstruktion ins Auge gefassten Zeitraum hat die FDP aber der Umweltpolitik nicht ein Gewicht beigemessen, dass zur Ausbalancierung ihres Wirkens als „Wirtschaftspartei“ geeignet gewesen wäre, und ein solches Gewicht ist wohl auch bewusst nicht vorgesehen worden. Entsprechend zurückhaltend blieb die FDP mit entsprechenden programmatischen Äußerungen für die europäische Ebene. Zur Entwicklung eines spürbaren Enthusiasmus wie bei bestimmten wirtschafts- und außenpolitischen Themen ist es auf diesem Politikfeld in der FDP nicht gekommen.

(4.) „Machtkämpfe um die Deutungshoheit“

Beim Freihandelsprinzip herrschte auch über den gesamten betrachteten Zeitraum hinweg Konsens zwischen den verschiedenen Interessen- und Machtgruppen innerhalb der Partei, welche sich in anderen Bereichen teils existenzielle Machtkämpfe um die Deutungshoheit und die Richtung liberaler Europapolitik lieferten.

#### (5.) „Taktische Ausblendung“

Just diese Realitäten des Kalten Krieges wollten die meisten führenden Politiker der Freien Demokraten, vor allem beispielsweise Dehler, Pfeleiderer, Mende oder Achenbach, in den fünfziger und bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein nicht anerkennen, und zum Teil blendeten sie diese Perspektive aus taktischen Gründen bewusst aus. Die FDP verstand sich in den ersten zwei Jahrzehnten der Bundesrepublik als „die Deutschlandpartei“ und versuchte sich mit diesem Profil in der Parteienlandschaft Westdeutschlands als dritte Kraft zu etablieren und im konservativ-liberalen Lager der Bevölkerung für sich Wählerschichten zu erschließen.

#### (6.) „Neue Wählerschichten“

Mit ihrer neuen, im In- und Ausland weithin als progressiv beurteilten Ostpolitik versuchte die FDP auch neue Wählerschichten für sich zu gewinnen - im sozialdemokratischen und linksintellektuellen Milieu der Bundesrepublik.

#### (1.) „Theoretische Konsequenz, politischer Mut“

In Zitat 1 tritt der traditionelle, gewissermaßen heroische, in Wahrheit naive Standpunkt zutage, von Parteien seien „theoretische Konsequenz“ und – damit verbunden - „politischer Mut“ zu verlangen und dementsprechend auch wohlbegründet zu erwarten. Dieser Eindruck wird von den Parteien gern verstärkt. Vor allem gehe es darum, gewissermaßen a priori herauszufinden und zu fordern, was für „das Land“ am besten sei, ohne in populistischer Manier auf Wählerstimmen zu schielen oder sich gar von Wirtschaftsunternehmen oder Interessenverbänden beeinflussen zu lassen, also unter weitgehendem Verzicht auf taktisches Kalkül im Sinne purer Machtpolitik.

In der Realität freilich werden der Nutzen theoretischer Konsequenz und politischen Mutes (ebenso wie die entsprechenden Untugenden) vor allem am politischen Erfolg gemessen – am Ertrag einer Partei in puncto Macht, Geld und Prestige. Wenn sich theoretische Konsequenz und politischer Mut von Wählermassen honoriert, also in Parlamentssitze umgemünzt finden, wenn der Spendenfluss dadurch zunimmt, wenn Quantität und Qualität des Medienechos sich dadurch steigern, ist – aus Sicht der Parteiführung – richtig gehandelt worden. Theoretische Konsequenz und entsprechender politischer Mut sind für eine Partei nicht Werte an sich, sondern Mittel zum Zweck. Auch entgegengesetzte Verhaltensweisen lassen sich jederzeit als begrüßenswert darstellen: Eine Partei müsse lernfähig sein, und wer wolle schon bestimmen, wann Lernbereitschaft in theoretische Inkonsistenz umschlage? Eine Partei müsse ferner mutig sein, aber dieser Mut dürfe sich nicht selbstmörderisch auswirken; wer sei die Jury, die darüber befinde, ob eine Programmpunkt-Änderung für das Überleben einer Partei (und damit für die Realisierungschancen einer Reihe weiterer Programmpunkte) lebenswichtig sei oder ob hier ein verächtlicher Opportunismus an den Tag gelegt werde? Stets gibt es – mindestens – zwei Möglichkeiten.

(2.) „Nur sehr wenige Wähler und Anhänger in diesem [...] Sektor“

Theoretische Konsequenz kann dazu führen, dass in der realen Politik das Gegenteil von dem beschlossen und verwirklicht wird, was eine Partei in ihr Programm geschrieben hat; die politische Willensbildung hat dann an ihr vorbeigeführt. Hat die fragliche Partei damit politischen Mut bewiesen oder im Gegenteil ein Stück Realitätsferne demonstriert? Gewiss beides (zu meist unterschiedlichen Anteilen), und wie beides in unterschiedlichen „Sektoren“ von Gesellschaft und Wirtschaft quitiert wird, entscheidet darüber, ob hernach (wenn alle klüger geworden sind) Lob oder Tadel dafür gespendet werden. Für programmatischen Aussagen, die einen gesellschaftlichen „Sektor“ betreffen, in dem die betreffende Partei wenig Rückhalt hat, kann einerseits „theoretische Konsequenz“ beschlossen werden, etwa deshalb, weil sie an anderen Stellen des Programms nicht gezeigt wird, etwa deshalb auch, weil sie in dem besagten „Sektor“ keine größeren Schaden anrichtet; das genaue Gegenteil ist gleichfalls plausibel zu machen: In einem für die Partei sich als mager anbietenden „Sektor“ kann es ihren Funktionären gut anstehen, durch allerlei programmatisch Neues an politischen Raum zu gewinnen und im selben Zuge auch „politischen Mut“ zu beweisen.

(3.) „Spürbarer Enthusiasmus“

Spürbaren Enthusiasmus pflegen Parteien im Wahlkampf zu zeigen und angesichts guter Wahlergebnisse, ferner angesichts von Möglichkeiten, konkurrierende Parteien anzugreifen oder sich auf andere Weise medial darzustellen. Enthusiasmus im Zusammenhang mit mehr oder minder zentralen Programmpunkten findet sich meist auf die Anfangsphase einer Partei begrenzt oder auch auf eine Phase des Neuanfangs, schließlich auf die Zeitabschnitte, in denen ein neuer Programmpunkt verbreitet wird, vielleicht durch einen neuen Politstar. Solche Perioden sind freilich nicht jederzeit nach Belieben auszurufen. Sie bieten dem Beobachter aber gute Aussichten, Akte „theoretischer Konsequenz“ und „politischen Muts“ auszumachen. Die etablierten Parteien zehren lange Zeit von dem Enthusiasmus, der Konsequenz, des Mutes der Anfangsjahre, gern werden diese Perioden in Erinnerung gerufen, gar verklärt. Gewiss auch kann ein Stück Enthusiasmus schauspielerisch dargestellt werden, denn es gibt auch in einer wirtschaftsnahen Partei ein paar Ökologen, in einer ökologischen Partei ein paar Wirtschaftsliberale, in einer christlichen Partei einige Vertreter des Gedankens einer kompletten Trennung von Staat und Kirche, in einer sozialistischen Partei Verfechter einer geringen Staatsquote. Doch ist die Zahl solcher Abweichler gering, und sie müssen sich parteiintern durchsetzen, um öffentlichkeitswirksamen Enthusiasmus im Namen der Gesamtpartei demonstrieren zu können. Es mag innerparteilichen Minderheitenschutz geben, aber Minderheitenschutz heißt nicht, Minderheiten eine Erfolgsgarantie zu gewähren. Eine solche lässt sich nur von oben verordnen - autoritär. Demokratische Wahlen und Abstimmungen führen nicht zwangsläufig zu Diversifizierung, ebenso wenig wie das Marktwirt-

schaftsprinzip als „unsichtbare Hand“ zwangsläufig zur Balance zwischen Angebot und Nachfrage führt und zur Harmonie in einer Gesellschaft.

#### (4.) „Machtkämpfe um die Deutungshoheit“

Die von einer Partei propagierten Programmpunkte sind zwar zum Teil auf Einsichten zurückzuführen, die sich im Verlauf der Suche nach einem Gemeinwohlzenario ergeben haben, vor allem aber sind sie das Ergebnis von Machtkämpfen zwischen Personen und Personengruppen, die zum Zwecke der Führung dieser Machtkämpfe immer auch auf programmatische Aussagen zurückgreifen oder neue ins Spiel bringen – ginge es doch eigentlich stets – wie die konfligierenden Flügel behaupten – um eine Sache, nicht dagegen um „bloße“ Personen, allenfalls um Personen, die repräsentativ für eine bestimmte „Sache“ stünden. Wenn auf bestimmten programmatischen Feldern aktuell keine Auseinandersetzungen stattfinden, heißt das nicht, daß alle Parteifunktionäre dort einer Meinung wären, sondern nur, daß sie ihre Kräfte, die sie nicht verzetteln dürfen, derzeit auf anderen „Kriegsschauplätzen“ einsetzen.

#### (5.) „Taktische Ausblendung“

Jedes Programm, und sei es auch noch so „Neckermannkatalog“-artig umfangreich ausgefallen, stellt das Ergebnis einer Reihe von Auswahlprozessen dar, und diese Prozesse pflegen zwar zum Teil durch sachliche Argumentation, überwiegend jedoch durch Machtkämpfe bestimmt zu sein. Aspekte, Forderungen, die im Programm nicht auftauchen, müssen deshalb in einer Partei nicht ganz und gar unbeachtet geblieben sein; möglicherweise sind sie einer taktischen Ausblendung verfallen, und die zur Anwendung gebrachte Taktik stand im Dienst irgendwelcher Machtkämpfe.

#### (6.) „Neue Wählerschichten“

Wenn für eine Parteiführung an erster Stelle das Ziel der Stimmenmaximierung steht (so, wie für Wirtschaftsunternehmen das Ziel der Gewinnmaximierung an erster Stelle zu stehen pflegt), dann kann es erforderlich werden, in neue Wählergruppen und –schichten vorzudringen. Deren Interessenlage muss auf irgendeine herzeigbare Weise im Parteiprogramm ihren Niederschlag finden – nicht, weil die entsprechenden Punkte einem originären sachlichen, auf das Gemeinwohl gerichteten Herzensanliegen der Partei entsprächen, sondern weil dort ein Tauschgeschäft angestrebt wird: Programmpunkte gegen Wählerstimmen. - Solcherart nüchterne, für die Parteien aber nicht ehrenrührige Bemerkungen sind Parteienkritik nur unter dem Aspekt, dass die Parteien und die von ihnen paritätisch besetzten Zentralen für politische Bildung nicht selten behaupten, die Parteiprogramme, seien das authentische Abbild eines Gesellschafts- und Lebensentwurfs von Politikern, die „in der Wolle“ rot, grün, gelb oder schwarz „gefärbt“ seien, von Überzeugungstätern gewissermaßen, die Ehrenworte gäben, zu ihrem Wort stünden etc. etc.

Wer weiß, dass Parteiprogramme zwar nicht beliebig zu ändern sind, aber vornehmlich das Ergebnis von Machtkämpfen darstellen, der weiß auch, daß Machtkämpfe kein Ende finden, dass sie zukünftig abweichende Ergebnisse zeitigen können, dass Parteiprogramme also einem ständigen Wandel unterliegen, über dessen Intensität, Tempo und Richtung nur ganz schwer Prognosen zu treffen sind. So manche Idee mag es genau deshalb zum Programmpunkt gebracht haben, weil ihre innerparteilichen Gegner schon darauf spekulierten, dass sie bei nach erfolgter Wahl notwendig werdenden Koalitionsverhandlungen wieder in einer Versenkung verschwinden würde. Die Programmtreue einer Partei, ihre programmatische Kontinuität, sofern es sich dabei um eine Tugend handeln sollte (unabhängig von den Inhalten betrachtet), erweist sich erst im Rückblick auf längere Zeiträume, und auch dann ist eine Prognose hoch problematisch.

Mehrfach kommt Andreas Moring auf das Verhältnis von programmatischen Forderungen einerseits, tatsächlichen Veränderungen andererseits zu sprechen. Durfte die kleine FDP den Anschein erwecken, bestimmte europapolitische Weichenstellungen in Deutschland oder gar auf EU-Ebene seien darauf zurückzuführen, dass sie zuvor im Programm einer Partei gefordert worden waren, die froh sein musste, überhaupt an Regierungsverantwortung beteiligt gewesen zu sein? Umgekehrt gilt: Wen interessiert eigentlich das in Programmpunkten zum Ausdruck gebrachte Gesellschaftsmodell, das eine Partei verbreitet, die sich oft um die Fünfprozentmarke herum bewegt, allenfalls als Koalitionspartner einer größeren Partei eine Chance besitzt? Wen interessieren gar einzelne Programmpunkte, die Gefahr laufen, bei Koalitionsverhandlungen vielleicht allzu gern fallengelassen zu werden? Sowohl auf Seiten der Partei als auch auf Seiten ihrer Wähler handelt es sich wohl nicht selten um die Wahrnehmung oder Ausübung einer bloßen Ausdrucks- oder Selbstdarstellungsfunktion: Gemeinsam wird für ein bestimmtes Gesellschaftsbild oder Politikverständnis demonstriert, wobei auf Folgewirkungen nur spekuliert werden darf.

Andreas Morings Studie über die Europapolitik der FDP ist für die Parteienhistorie, für das Studium der Geschichte der europäischen Integration für die Vervollständigung des Geschichtsbild von Bedeutung, das wir uns von der Bundesrepublik Deutschland machen. Nicht zuletzt handelt es sich um eine Studie zum Verhältnis zwischen Partei, Programm und Realität, worin sich vielerlei findet, das - zur Hypothese verallgemeinert - dazu geeignet scheint, auf das Studium anderer Parteien, anderer Programme, anderer politischer Systeme angewandt zu werden und deshalb lohnt, zumindest vorläufig, künftiger Präzisierung und Differenzierung eine Vorlage gebend, in den Erkenntnisbestand über Geschichte, Gegenwart, über Struktur, Funktion und Verhalten eines Parteiensystems aufgenommen zu werden. – Was auf jeden Fall deutlich wird: Den Wählerinnen und Wählern obliegt, was die Einschätzung des Verhältnisses zwischen Parteiprogramm, Parteiinteresse und Realität angeht, eine diffizile Aufgabe. Oft wird der Politikkonsument außer- wie innerhalb der Parteien überfordert sein, und mit

dem durchschnittlichen Parteifunktionär verhält es sich wohl kaum anders. Der Handlungsspielraum der Parteiführungen bleibt durch wissenschaftliche Untersuchungen in kürzeren Zeiträumen so gut wie unbeeinflusst, langfristig scheint es zu solchen Untersuchungen aber keine Alternative zu geben. Andreas Moring hat hier einen wichtigen Beitrag geleistet.